

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,15 R.-M., für aufwärts 0,40 R.-M.; die Anzeigenzeile im Verhältnis an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 2 R.-M., für aufwärts 2,50 R.-M.; abwärts 5% Skonto. - Die Briefgebühren für Zusendungen beträgt 0,30 R.-M. - Für Anfertigung von bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch 2,00 R.-M. Böten ins Haus monatlich
Postbezug für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0,45 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzabhebungen für die Woche 1,00 R.-M. Einzelnummer 15 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 20 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Druckerei: Dresden-N., Ferdinandsstr. 1 • Postadresse: Dresden-N. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27951 - 27953 • Telegramm: Neueste Dresden
Politisches Dresden 2160 - Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückerstattet noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatzleistung des entsprechenden Anteils

Nr 68

Samstag, 20. März 1932

40. Jahrgang

Neue Verordnung des Reichspräsidenten

Die Besprechungen des Reichsinnenministers mit den Nationalsozialisten - Reichshilfe für die Reedereien - Uralzeff-Prozess in Berlin

Schutz gegen Giftgas

Die Genfer Abrüstungskonferenz ist in andächtige Diskussionen getreten, ohne in eine Erörterung über die Zulässigkeit der sogenannten chemischen Waffen, der gefährlichsten, heimtücklichsten und verderblichsten Art der Kriegsführung eingetreten zu sein. Man erwartet auch allgemein nach den Schrecknissen des nicht verhinderten Luftkrieges über Schanghai in dieser Hinsicht nicht viel von künftigen Genfer Beschlüssen, am wenigsten in Deutschland, einem Staat, der seit Verfall des nicht zum Vorkrieg rühmlichen, sondern in einem Windloch zwischen gegeristeten Nachbarn ist. Es war deshalb ein sehr verdienstvolles Unternehmen, das die deutsche Luftschutzkommission im Berliner Rathaus am vergangenen Mittwoch eine Kundgebung zu veranstalten, an der sich Vertreter der Staats- und Gemeindefürsorge, aller Interessierten Organisationen und politischen Klugheiten beteiligten und in der die öffentliche Meinung verbreitet wurde, den Gaschutz der Zivilbevölkerung im ganzen Reich durchzuführen.

Über die fortschreitende Gefahr, in der wir uns befinden und die bei dem fortgeschrittenen Wettrüsten im Zeichen der fernsichtigen Vorgänge, man möchte sagen, täglich wächst, brachten Sachkundige in der Berliner Versammlung wieder einmal recht erbauliche Dinge vor. Man bedachte nur: Klein Frankreich und Polen können beim gegenwärtigen technischen Stand der Flugzeuge in weniger als 24 Stunden 300 Tonnen Bomben auf Berlin abwerfen, auf die großen Städte und Industriezentren in den Grenzgebieten sogar 500 Tonnen. Es brauchen aber gar nicht abgeworfene Bomben zu sein. Man ist heute in der Lage, von Flugzeugen aus mit Hilfe besonderer Vernebelungsapparaturen bei günstiger Witterung ganze Gebiete mit Giftgas zu bedecken. Die Giftgasbomben werden in kurzer Zeit zum Opfer fallen. Die eigentlichen Giftgasbomben (zum Unterschied von den harmloseren Gas- und Tränengasen), nämlich Gas der Giftgruppe (Chlorgas, Senfgas) und der Arsen-Gruppe (Blausäure, Phosphor, Selen) haben neben anderen schädlichen Wirkungen auch die Folge, daß sie an der äußeren menschlichen Haut Entzündungen, Geschwüre und eiternde, sehr schwer heilende Wunden hervorrufen. Gewöhnliche Kleidung schützt keineswegs vor diesen Giften, und auch nicht - die Gasmaske!

Eine Ausdehnung der gesamten Bevölkerung mit Gasmasken ist also durchaus nicht das Wesentliche des Gaskrieges. Die Benutzung der Maske erfordert eine gewisse Übung. Im Laufe der Zeit ändert sich beim einzelnen Menschen die Gewöhnlichkeit. Währscheinlich träge hier eine große Anzahl Helferquellen ein, die sich um so mehr rächen dürften, als der Masken-träger mit einer nicht mehr genau passenden Maske sich gefühlt fühlt. Im Übrigen ist schon die Kostenfrage gegen eine Ausbreitung aller "Blindlinge" mit Gasmaske. Wichtig ist vielmehr bei dem allgemeinen Gaschutz, der jetzt unter Führung des Reichsinnenministeriums eingeleitet werden soll, etwas ganz anderes: Man muß beim einzelnen Haus anfangen. Wegen eines Bombenverwehrs lassen sich die Bewohner nicht schützen. Wohl aber ist mit geringer Mühe und wenig Mitteln aus einem Kellerraum ein splitter- und gasdichter Zufluchtsort zu schaffen, in den die Bewohner nach richtiger Warnung sich flüchten. Man hat in dieser Beziehung schon während des Weltkrieges einiges gelernt und manche Erfahrungen gesammelt, z. B. in der Pfalz und in Baden. Für die Personen, die sich bei einem Luftangriff unterwegs befinden, lassen sich in öffentlichen Anlagen und Gebäuden, zweckmäßigerweise in der Nähe verkehrsreicher Straßenzüge, ähnliche geräumige Unterterräume herrichten. Es handelt sich hierbei nicht um betonerte Neubauten, sondern um Erkundung geeigneter Räume und ihre entsprechende Einrichtung. Vor allem müssen die in öffentlichen Betrieben für den Schutz ihrer Beschäftigten und Anlagen Sorge tragen.

Notwendig ist der Einzelfschutz für alle diejenigen Teile der Bevölkerung, die nicht wie das Gros in verschanzten Zufluchtsräumen Schutz suchen können, sondern bereitgehalten werden müssen, um bei Luftangriffen tätig eingzugreifen. Das sind in erster Linie Feuerwehr, Volk, Sanitätskolonnen und Technische Rettung. Mit Brandsen, Einwirkungsmitteln, Veranschlagungen, Beschränkungen lebenswichtiger Leitungen

Senkung der Biersteuer

Termin noch nicht bestimmt - Realsteuerperre auch für 1932 - Ermäßigung des Zuschlags zur Kraftfahrzeugsteuer

WTB. Berlin, 19. März. (Durch Funkdruck.) Der Reichspräsident hat heute eine Verordnung erlassen, die Bestimmungen über Biersteuer, Realsteuerperre und sonstige Steuer-, wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen enthält. Der erste Teil der Verordnung bezieht sich auf

Die Senkung der Biersteuer.

Wie in der Presse schon seit längerer Zeit erörtert worden ist, die Aufhebung des zu senkenden Vertrags zwischen Reich und Gemeindebiersteuer ist nunmehr in der Weise erfolgt, daß eine Senkung der Reichsbiersteuer um drei Mark vorgeschlagen worden ist, und zwar werden die bestehenden Steuerhöhen gleichmäßig um den Betrag von je drei Mark gekürzt. Diese Kürzung bedeutet für den unteren Steuerfuß eine Ermäßigung um 22 Proz., für den höchsten Steuerfuß eine solche um 25 Proz. Mit der Steuerentlastung ist zwangsläufig verbunden eine Ermäßigung des Zuschlags für aus dem Ausland eingeführtes Bier von 12 M. auf 9 M. Um Mißbräuen, die sich im Hausbrauwesen herausgestellt haben, abzustellen, sind noch Vorschriften aufgenommen worden, die die entsprechende Abgabe von Hausbrauerbier verhindern sollen.

Die Gemeindebiersteuer ist grundsätzlich um 40 Prozent gekürzt worden.

Zur Entschädigung der Gemeinden, in denen die Biersteuer zu senken ist, stellt das Reich 25 Millionen Mark bereit. Hieron erhalten die Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern 24 Millionen und die Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern 4 Millionen Mark. Was

das Inkrafttreten der Biersteuerentlastung

anlangt, so hatte die Reichsregierung ursprünglich den 20. März in Aussicht genommen. Dabei war aber ausdrücklich erklärt worden, daß bis dahin zwischen dem Reichskommissar für Preisüberwachung und den beteiligten Kreisen (Brauereien und Gastwirte) eine Einigung über die Bierpreisentlastung zustande gekommen war. Diese Einigung ist bisher

nicht erzielt worden. Den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Senkung zu bestimmen, ist vielmehr der Reichsminister der Finanzen ermächtigt worden.

Die Senkung der Branntweinmonopolaabgabe mußte noch ausgeübt werden, um die Biersteuerentlastung so schnell wie möglich den beteiligten Gewerben und dem Verbraucher zugute kommen zu lassen.

Die durch Notverordnung vom 1. Dezember 1930 angeordnete

Realsteuerperre gilt auch für 1932

Eine Erhöhung der geltenden Realsteuerhöhen ist ausgeschlossen. Verhältnismäßig für die Gemeinden, deren Steuerhöhen unter dem Landdurchschnitt liegen, ist die Möglichkeit einer Erhöhung der Realsteuerhöhen vorgesehen.

Im Interesse einer Vereinfachung des Kraftverkehrs wird der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer für das Rechnungsjahr 1932 von 10 auf 8 v. H. ermäßigt.

Auf dem Gebiete der Grundsteuer

beseitigt die Verordnung jeden Zweifel darüber, daß die Eintragung der Ablosungsgeldpostel nicht nur in Reichsmark, sondern auch in Goldmark zulässig ist. Die den Landesregierungen erteilte, bis zum 31. März d. J. befristete Ermächtigung, bei den Spar- und Girokassen die zu einer zweckmäßigen Gestaltung der Organisation erforderlichen Maßnahmen zu treffen, ist bis zum 30. September d. J. verlängert worden. Mit Ablauf des 31. März 1932 treten die Vorschriften des Sozialgesetzes über Einfuhrschmelze außer Kraft. An ihre Stelle tritt für Getreide, Hülsenfrüchte und Erzeugnisse daraus eine Regelung, die durch die Verordnungen vom 14. und 19. August 1931 für Weizen und Roggen bereits eingeführt ist und sich bewährt hat.

Durch die neue Regelung wird ohne Inanspruchnahme von Reichsmitteln ein Austausch von Inland- gegen Auslandgetreide ermöglicht und die Grundsteuer erhöht, dem nach den Erntergebnissen verschieden groß auftretenden Bedürfnis der Marktlieferung gerecht zu werden.

Oberst House

Oberst House, der langjährige Freund und Berater des amerikanischen Präsidenten Wilson, ist einer der geheimnisvollsten politischen Persönlichkeiten der letzten Jahrzehnte. Man hat ihn "die graue Eminenz von Washington" genannt und seine politische Arbeit mit Voltaire's verborgener Tätigkeit in der Bismarck'schen und Bismarck'schen Zeit verglichen. Aber Voltaire war wenigstens ein beachteter Diplomat. House hat nie eine amtliche Stellung eingenommen mit Ausnahme einer verhältnismäßig kurzen Zeit während der Friedensverhandlungen. Und trotzdem ließen zwischen 1911 und 1918 fast alle Häupter der amerikanischen und später der Weltpolitik durch seine Hände. Während des Krieges machte alle diplomatischen Missionen, die zu dem amerikanischen Messias nach Washington zogen, zunächst auf dem Sandstrich House's, in Washington, Station.

Er stand schon in vorgeschrittenen Jahren, als im Jahre 1911 seine freundschaftlichen Beziehungen zu Wilson ihren Anfang nahmen. Wie sie zusammengekommen sind, ist nie klargestellt worden. Ebenso geheimnisvoll bleibt auch das zunehmende Erstarren der Freundschaft während der Friedenskonferenz und in den beiden letzten Lebensjahren Wilson's. Auch die "Vertraulichen Dokumente des Obersten House", die Charles Seymour, Professor der Geschichte an der Yale-Universität, herausgegeben hat und die in einer gekürzten Fassung jetzt in deutscher Sprache erscheinen (Union Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart), läßt den geheimnisvollen Charakter nicht.

Offiziell haben die beiden Männer jede Erhaltung ihrer Freundschaft stets dementiert, aber jeder wußte, daß die Freundschaft nicht mehr bestand. Der einzige Hinweis ist ein Brief House's an Seymour vom 20. April 1928. In ihm heißt es: "In den Tempeln, die die Alten ihren Göttern, der Sonne, dem Monde, multimedialen Gottheiten, Júpiter, Mars, errichteten, gab es viele Tore. Hinter dem hintersten Tor lag die Welt der Mythen. Und nun verlangen Sie, daß ich das hinterste Tor aufschleße - ein Tor, zu dem ich keinen Schlüssel habe. Meine Trennung von Woodrow Wilson war und ist für mich ein tragisches Geheimnis, das nicht mehr aufgedeckt werden kann, denn der, der es erklären könnte, liegt begraben. Ich habe meine Vermutungen, und Vermutungen müssen es bleiben, die gelegentliche Beweise bestätigen mögen. Diese Vermutungen kennen Sie." Diese Zeilen deuten darauf hin, daß der Urheber des Bruchs nicht House, sondern Wilson war, der sein Geheimnis mit ins Grab genommen hat.

Nach den Tagesbuchaufzeichnungen House's, die Seymour mit einem außerordentlich instruktiven verbindlichen Text verknüpft, geht hervor, daß bei House zweifellos der größere Intellekt, der stärkere politische Wille und die größere diplomatische Begabung lag. Wilson's Politik ist zum größten Teil durch House angeleitet, teilweise durch House in allen Einzelheiten entscheidend bestimmt und gemacht worden. Trotzdem bemühte sich House selbst in seinen Aufzeichnungen, immer im Hintergrund zu bleiben. Er regt an, er vertritt, aber die Entscheidung über die Handlungen schiebt er stets sorgfältig dem Präsidenten zu, den er immer wieder als "Führer" bezeichnet.

Dennoch leidet der Führeranspruch Wilson's bei der Rekläre dieser Geheimaufzeichnungen außerordentlich stark. Wilson's Instinkt hat sich zweifellos bei der Vorbereitung des Eintritts Amerika in den Krieg bewährt. Er wartete, bis die amerikanische Volkstimmung wirklich so gut wie geschlossen für den Krieg eintrat. Allerdings kamen ihm dabei große politische Fehler der damaligen deutschen Reichsregierung zufliegen und schließlich das Gottesgeschick jenes Zimmermann-Telegramms an die mexikanische Regierung, in dem Mexico ein paar Milliarden der Union als Entschädigung für einen Eintritt in den Krieg angeboten wurden. Wogegen unterlag er als Außenminister der englisch-französischen Diplomatie vollkommen. Er fing sich selber schließlich in dem großen Netz, das er gesponnen hatte und das die ganze Welt überzog.

Wilson's Charakter magt auch in diesen Aufzeichnungen eines Freundes oft einen außerordentlich peinlichen Eindruck. Vor allem eines: er ist ein Mann, auf den kein unbedingter Verlaß ist. Vor dem amerikanischen Unterhandlungsabstufung erklärt er nach dem Krieg, er habe keinerlei Kenntnis von den Geheimverträgen der Alliierten gehabt, die diese im Jahre 1918 bereits zur Fertigstellung der Pariser Friedensverträge geschlossen hatten. Aus House's Aufzeichnungen aber geht unabweislich hervor, daß er von diesen Geheimverträgen gerührt haben muß. Er mußte sie mindestens seit der Vailour-Mission nach Washington

Die Krise in Amerika

Erhöhung der Einkommensteuer

Sonderfahrdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Washington, 19. März. (Durch United Press.) In der kürzlichsten Sitzung, die das Bundes-

repräsentantenhaus seit mehreren Jahren erlebte, wurde eine bedeutende Erhöhung der Einkommensteuer angenommen. Das Haus stimmte Erhöhungen zu, die an die Einkommensteuer erinnern, die in den Vereinigten Staaten während des Krieges erhoben wurden. Für große Einkommen soll eine ansteigende Steuer bis zu 65 Prozent erhoben werden, während für mittlere Einkommen, die ungefähr 8000 Dollar betragen und von denen bisher 5 Prozent an Einkommensteuer erhoben wurde, diese auf 7 Prozent erhöht werden soll.

Reise des Reichskanzlers nach Bayern

Berlin, 19. März. (Durch Funkdruck.) Reichskanzler Dr. Brüning wird am Montag die Reichshauptstadt verlassen und an der Westküste, die am Dienstag in Weimar stattfindet, teilnehmen. Sodann wird sich der Kanzler nach Bayern begeben, wo er sich etwa zehn Tage aufhalten gedenkt. Eine Sitzung des Reichskabinetts fand heute nicht mehr statt. Die verschiedenen Steuer- und Wirtschaftsverordnungen, die im letzten Monat im Reichstagsrat beschlossen wurden, bedürfen lediglich noch der letzten redaktionellen Überarbeitung.

Die Friedensbemühungen in Schanghai

Sonderfahrdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Schanghai, 19. März. (Durch United Press.)

Die heutige Konferenz zwischen dem englischen Gesandten Lamson und den japanischen und chinesischen Delegierten, die im englischen Konsulat stattfand, hat keine definitiven Ergebnisse erzielt. Trotzdem sind die Teilnehmer durchaus optimistisch gestimmt und erklärten, daß man in den heutigen Nachmittagssitzung besondere Fortschritte zu machen hoffe.

Wie die United Press und Reuters meldet, erklärt der Direktor des Regierungsdamms für das Flugwesen, daß China die japanische Regierung für sämtliche Schäden, die durch die Kämpfe in Schanghai entstanden seien, verantwortlich machen werde.